

12.04.2019

CDU

ANDREAS MATTFELDT MdB

Verden-Osterholz

BERLIN AKTUELL

Liebe Freunde,

seit einigen Jahren ist ein starker Zuzug in die Ballungsgebiete zu verzeichnen. Städte wie Hamburg, Frankfurt, München, Leipzig, Berlin und viele andere Großstädte wachsen kräftig. Aber auch im ländlichen Raum sind bezahlbare Häuser und Wohnungen ein großes Thema. Deutschlands Bevölkerung wächst. Wohnungen werden knapp, die Mieten steigen. Wir alle merken, dass die Frage des bezahlbaren Wohnraums die neue soziale Frage ist.

Wohnraum schafft man nicht durch Enteignungen. Durch Enteignungen entsteht nicht eine Mietwohnung zusätzlich, sondern im Gegenteil: Investoren werden abgeschreckt. Wir in der Union kennen den richtigen Ansatz: Bauen, bauen, bauen. Wir gründen unsere Baupolitik auf 4 Säulen: Erstens brauchen wir deutlich mehr Bauland. Zweitens müssen wir effizienter und schneller bauen können. Drittens benötigen wir genügend Finanzmittel für Bauvorhaben. Und viertens darf der ordnungspolitische Rahmen, das Mietrecht, keine unverhältnismäßigen Hürden aufbauen, die eine Bautätigkeit verhindern. In diesem Sinne hat die Projektgruppe Wohnen unter Leitung von Ulrich Lange und intensiver Mitarbeit vieler Abgeordneter zahlreiche Ideen entwickelt, die wir in den kommenden Wochen nach und nach vorstellen.

Bauland werden wir nur gewinnen, wenn auch die Länder und Kommunen mitwirken. Ein Musterbeispiel ist das Land Berlin. Wenn man das Tempelhofer Feld mit rund 300 ha mitten in der Stadt brach liegen lässt, muss man sich nicht wundern, wenn die Menschen mangels Wohnraum auf die Straße gehen.

Auf europäischer Bühne geht es Mitte der Woche auf dem Europäischen Rat beim Brexit in die nächste Runde. Es ist unser Grundanliegen, einen harten Brexit zu vermeiden und einen regelbasierten Austritt des Vereinigten Königreichs zu realisieren. Allerdings gehören zu einer Vereinbarung immer zwei Seiten, wir warten weiterhin auf belastbare Vorschläge von britischer Seite.

Herzliche Grüße
Ihr/Euer



Andreas Mattfeldt

FOTOS DER WOCHE

PRAKTIKUM IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Mein Name ist Jannik Woelki. Ich komme gebürtig aus Ho Chi Minh-Stadt (Vietnam) und wurde mit fünf Monaten adoptiert. Seit der Adoption vor 18 Jahren lebe ich in Deutschland. Ich habe vor kurzem die Schule besucht und befinde mich derzeit in der Vorbereitungsphase auf mein Abitur.

Gerade führe ich ein freiwilliges Praktikum im Deutschen Bundestag bei dem Abgeordneten Andreas Mattfeldt (CDU) durch. Wie es dazu gekommen ist, was ich hier erlebe und wie ich es hier erlebe, möchte ich in diesem Artikel darlegen.

Zunächst einmal bin ich seit mehreren Jahren politisch sehr interessiert. Das schließt auch mit ein – was eventuell ungewöhnlich für einen Jugendlichen ist –, dass ich in meiner Freizeit lieber Bundestagsdebatten schaue, als „Ballerspiele“ an einer Spielkonsole zu spielen. Durch mein politisches Interesse, welches vorrangig die Bereiche Gesundheit und Bildung betrifft, bin ich auch in verschiedenen politischen Feldern tätig. Beispielsweise trat ich in die Schülervertretung ein, wo ich zunächst stellvertretender, danach Schulsprecher des Gymnasiums war. Außerdem war ich in diesem Zusammenhang auch Stadtschülersprecher, Mitglied des städtischen Ausschusses für Bildung und Forschung, Schulvorstandsmitglied, Fachkonferenzvertreter ...

Durch meine Leidenschaft, mich politisch einzubringen, führte ich in meiner Schulzeit unter anderem für die Ausarbeitung von Facharbeiten eigene Interviews mit Landräten, Wissenschaftlern und Abgeordneten durch. Bei einem solchen Interview zum Thema „Utopie - Staatlich verordnete Antifaschismus in der DDR“ habe ich auch Andreas Mattfeldt kennengelernt.

Da ich vor dem Abitur freie Zeit habe, habe ich mich bei Andreas Mattfeldt um ein freiwilliges Praktikum vom 01. bis 12.04.2019 beworben. Nach einer unkomplizierten Kommunikation sitze ich nun im Büro des Abgeordneten im Paul-Löbe-Haus in Berlin.

Zum Anfang meines Praktikums haben mich zunächst sehr freundliche Mitarbeiter von Andreas empfangen und mir dabei geholfen, mich in der Bundespolitik und der Verwaltung einzufinden.

Um den Bundestag besser kennenzulernen, bekam ich von einer Mitarbeiterin einen sehr ausführlichen Rundgang. Die Orientierung habe ich hierbei durch eine Schnitzeljagd nachträglich trainiert.

Ab dem ersten Tag wurde der Bundestag wie ein neues Zuhause und ich wurde in den politischen Alltag eingebunden. Begleiten darf ich den Abgeordneten in den Petitions- und Haushaltsausschuss sowie in die einzelnen Arbeitsgruppen und Gesprächen mit Fachpolitikern. Diese Tätigkeiten finden bei mir großes Gefallen. Da ich mein Praktikum innerhalb zweier Sitzungswochen absolviere, nehme ich inständig als Zuschauer der CDU/CSU-Fraktion an diversen Plenarsitzungen des Bundestags teil. Hierzu bestelle ich zuvor sogenannte „Einlasskarten“, die mir den Zutritt zum Zuschauen gewähren. Zu selbst ausgewählten, spannenden Tagesordnungspunkten kann ich somit Politik hautnah miterleben - Politik zum Anfassen.

Neben Plenardebatten durfte ich auch Andreas bei drei Führungen durch die Liegenschaften des Bundestags von Schulklassen begleiten. Hierbei ergeben sich neben der Funktion der Begleitung teilweise spannende Gespräche mit den Teilnehmern der Führungen.

Während des Praktikums sehe ich auch viele bekannte Politiker, die ich zunächst nur in den Medien gesehen habe. Mit einigen Politikern ergab sich sogar ein kurzes Gespräch und ein schnelles Foto. Diese Erfahrung sehe ich als sehr positiv an.

Durch die verschiedenen Einblicke in die Bundespolitik ist es auch sehr aufregend zu beobachten, wie sich einige Politiker geben, das heißt, wie sie agieren, denken. Hierbei lerne ich Politiker genauer kennen. Teilweise nehme ich hier auch Eigenschaften wahr, die ich zuvor nicht erwartet hatte.

Zusätzlich zu meinen Tätigkeiten im Bundestag schreibe ich auch Pressemitteilungen über besondere Ereignisse, beispielsweise über die Schulführungen oder Fachgespräche.

Dass ich vertrauensvoll in die Aufgaben im Bundestag stark integriert bin, erfreut mich sehr.

Natürlich gibt es neben den sehr interessanten und politischen Aufgaben auch diese, die verwaltungsorientiert sind. Hierbei hole ich Post für den Abgeordneten ab und sortiere sie, ordne Mappen, füge neue Kontakte dem Computersystem hinzu und schreibe Zusammenfassungen über aktuelle und komplexe Gesetzesinitiativen. Diese Aufgaben finden bei mir eher mäßigen Gefallen, aber auch sie gehören zum Alltag im Bundestag dazu.

Meine Arbeitszeit beginnt von Montag bis Freitag um acht oder neun Uhr und endet nachmittags. An einigen Tagen nehme ich an solchen Plenarsitzungen teil, die bis in den späten Abend andauern. Auch aufgrund der umfangreichen Arbeitszeit bekomme ich viele Eindrücke und erfahre, wie Politik funktioniert.

Für die Möglichkeit der Wahrnehmung des Praktikums, für die freundliche Betreuung und die umfangreiche Einbindung bin ich diesbezüglich sehr dankbar. Dass ich jetzt hier im Abgeordnetenbüro sitze, ist nicht selbstverständlich. Jedoch ist es ein Beitrag, auch der jüngeren Generationen Politik praxisorientiert zu vermitteln, was aus meiner Sicht langfristig von großer Relevanz ist.

Abschließend möchte ich auch ermutigen, auch, wenn es erst langweilig erscheint, sich mit Politik zu befassen. Ich plädiere hierbei auch für die Wahrnehmung solcher eindrucksvollen Projekte wie ein Praktikum. Denn die Kunst ist nicht, Politik zu kritisieren, sondern sich aktiv für die Verbesserung von Gesellschaft und Politik einzusetzen und sich nachhaltig zu engagieren. Das habe ich von meinem Praktikum gelernt. Es ist wichtig, sich zu beteiligen und Dinge zu bewegen. Um Veränderungen zu erreichen, muss man manchmal selber den ersten Schritt gehen.



Annegret Kramp-Karrenbauer und Jannik Woelki

THEMEN DER WOCHE

BERICHT ZUR ZWÖLFTEN VERORDNUNG ZUR ÄNDERUNG DER AUSSENWIRTSCHAFTSVERORDNUNG

Angesichts der zielgerichteten Übernahmen deutscher Unternehmen im Hochtechnologiebereich in der jüngsten Vergangenheit erweitert die von der Bundesregierung im Dezember 2018 im Kabinett beschlossene Verordnung die Prüfmöglichkeiten des Bundes bei Investitionen aus Nicht-EU-Staaten. Die Prüfeintrittsschwelle bei zivilen sicherheitsrelevanten Unternehmen, insbesondere bei kritischen Infrastrukturen und verteidigungsrelevanten Unternehmen, wird von 25%-Anteilserwerb auf 10% abgesenkt. Für den Erwerb sonstiger Unternehmen bleibt es bei der bisherigen Prüfeintrittsschwelle von 25%. Medienunternehmen werden neu in die Liste der sicherheitsrelevanten Unternehmen aufgenommen, auf die die abgesenkte Prüfeintrittsschwelle Anwendung findet.

GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES BUNDESWAHLGESETZES UND ANDERER GESETZE

Mit dem Gesetzentwurf setzen wir das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel um und beenden die Wahlrechtsausschlüsse von Menschen, die sich durch die Vollbetreuung unterstützen lassen. Damit kommen wir auch den Anforderungen des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 29. Januar 2019 nach. Zugleich werden die Grenzen zulässiger Assistenz bei der Ausübung des Wahlrechts bestimmt, damit sichergestellt ist, dass die Wahlentscheidung nicht durch eine andere Person getroffen wird. Diesem dient auch die Klarstellung der Strafbarkeit der Wahlfälschung bei zulässiger Assistenz im Strafgesetzbuch. Notwendige Folgeänderungen erfolgen in der Bundeswahlordnung, der Europawahlordnung und weiteren Gesetzen. Für die Europawahl im Mai 2019 finden die Änderungen noch keine Anwendung, da das Wahlrecht regelmäßig nur in angemessenem zeitlichen Abstand zu einer Wahl geändert werden soll, damit die Wahlrechtsbehörden genügend Zeit für die praktische Umsetzung haben.

BERICHT DER BUNDESREGIERUNG ÜBER DIE DEUTSCHE HUMANITÄRE HILFE IM AUSLAND 2014 BIS 2017

Angesichts der Vielzahl bewaffneter Konflikte und Naturkatastrophen weltweit hat Deutschland seine Hilfsleistungen für die internationale Gemeinschaft deutlich verstärkt. So ist unser Land im Jahr 2017 zum zweitgrößten bilateralen humanitären Geber herangewachsen – mit einem Soll-Ansatz von rund 1,2 Milliarden Euro. Auch in der Gestaltung und Weiterentwicklung des internationalen Systems zur Hilfe hat Deutschland mehr Verantwortung etwa auf dem Humanitären Weltgipfel im Jahr 2016 übernommen. Die Entschließung des Bundestages würdigt auch das Engagement der deutschen und internationalen Hilfsorganisationen und bestärkt die Bundesregierung in ihrer gewachsenen Rolle als nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

EUROPÄISCHES DATUM – DAS KARFREITAGSABKOMMEN VOM 10. APRIL 1998

Vor 21 Jahren unterzeichneten Repräsentanten der britischen und irischen Regierungen sowie der Parteien in Nordirland das sogenannte „Good Friday Agreement“, das Karfreitagsabkommen. Nach Jahrzehnten der Gewalt mit insgesamt etwa 3500 Todesopfern beendete das Abkommen den nordirischen Bürgerkrieg zwischen protestantischen Unionisten und irischen Nationalisten. Neben dem Verzicht auf Gewalt und die Entwaffnung aller paramilitärischer Gruppen beider Seiten sah es eine Amnestie für die Kämpfer vor und legte die Bildung eines nordirischen Parlamentes sowie die Möglichkeit eines Referendums zur Wiedervereinigung mit der Republik Irland fest. Durch das Brexit-Votum rückte die Frage einer potenziell harten Grenze zwischen Irland und Nordirland wieder verstärkt in den Fokus.

THEMEN FÜR DEN WAHLKREIS

SCHULSPORTHALLE IN GRASBERG ERHÄLT 1,25 MILLIONEN EURO VOM BUND

Sie zentral gelegene Schulsporthalle der Gemeinde Grasberg erhält eine Bundesförderung von über 1,25 Millionen Euro. Dieses Geld hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages, in dem ich Mitglied bin, am Mittwoch freigegeben. Mit diesem Geld soll die Sporthalle zu einer Mehrzweckhalle aufgewertet werden. Es geht darum, die stark sanierungsbedürftige Turnhalle zu einem Mittelpunkt für die örtlichen Vereinsaktivitäten auszubauen. Durch den stetigen Zuzug von jungen Familien und durch den demografischen Wandel ist im Vereinsangebot eine wachsende Diversität zu verzeichnen.

Ich hatte den Förderantrag der Gemeinde in Berlin als Haushaltspolitiker aktiv unterstützt und mich als Kater für dieses Projekt eingesetzt. Durch das Sanierungskonzept sollen zukünftig wieder sämtliche Vereinsaktivitäten in der Halle durchgeführt werden können. Hierzu zählen insbesondere die vielfältigen Sportangebote der Grasberger Vereine. Gleichzeitig kann durch die Weiterentwicklung zu einer echten Mehrzweckhalle das Nutzungsangebot auf weitere Vereine, wie das Grasberger-Blasorchester, den Feuerwehrsport und der kommunalen Jugendarbeit erweitert werden. Zukünftig sollen mit der Sanierung auch Großveranstaltungen wie Public-Viewing oder das Gemeindekino in der Mehrzweckhalle möglich sein.

Ein wesentlicher Baustein der Sanierung mit energetischer Aufwertung wird außerdem die Wiedererlangung der Barrierefreiheit sein. Ich freue mich sehr darüber, dass Marion Schorfmann – die in ständigem Kontakt mit meinem Bundestagsbüro stand und sich persönlich sehr eingesetzt hat – und ich den Antrag gemeinsam zum Erfolg führen konnten.

Das Geld für die Sanierung stammt aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“. Es ist Teil des Zukunftsinvestitionsprogramms der Bundesregierung und zielt auf die Behebung des Investitionsstaus bei der sozialen Infrastruktur. Gefördert werden investive Projekte mit besonders sozialer und integrativer Wirkung. Sport, Jugend- und Freizeiteinrichtungen kommen im Hinblick auf die soziale und gesellschaftliche Integration eine zentrale Rolle zu. Sie unterstützen in besonderem Maße den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sie sind wichtige Ankerpunkte im direkten Lebensumfeld der Bürger. Sie setzen deutlich sichtbare Impulse für die Kommune, die Region, den sozialen Zusammenhalt und die Integration, aber auch für die Stadtentwicklung insgesamt.

BÜRO BERLIN

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel.: 030 - 2277 1322
andreas.mattfeldt@bundestag.de | www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Sebastian Fischer

CDU

